

Nach dem heutigen Vormittag war ich doch einigermaßen erstaunt. Unter dem Titel „Dialogforum“ hatte ich mir etwas gründlich anderes vorgestellt. Von neoliberalen Positionen ist hier nichts zu hören, obwohl sie doch die Positionen von Wirtschaftsverbänden, Bundesregierung und der konservativen Opposition prägen. Niemand wollte den Standort ohne Rücksicht auf Umwelt, Demokratie und soziale Gerechtigkeit fit machen. Niemand bezeichnete internationale Regulierung als Traumtänzeri, bei der nie genügend Länder mitmachen werden. Niemand behauptete, dass die neoliberale Globalisierung den Ärmsten nütze. Insofern ist dieses Forum etwas ganz Anderes, als was ich erwartet hatte. Es ist ein Treffen der Wohlmeinenden. BDI und DIHT fehlen ebenso wie Bundesfinanzministerium und Kanzleramt. Es lohnt sich also nicht, unsere Forderungen hier im Detail dazulegen, wie ich es ursprünglich geplant hatte, und sie gegen die vorgebrachten Gegenargumente zu verteidigen. Schon am Beifall für Christa Wichterich im Plenum war zu erkennen, dass die meisten TeilnehmerInnen unsere Analyse teilen: Im Zeitalter von globalisiertem Neoliberalismus geht es rückwärts für Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Entwicklung! Globalisierung ist dabei nicht per se negativ. Attac versteht sich daher auch nicht als Globalisierungsgegnerin. Globalisierung hat Vor- und Nachteile. Allerdings nutzt die derzeitige neoliberale Variante der Globalisierung nur einer Minderheit. Sie ist begleitet von einer massiven Entdemokratisierung. In einer „Free Investment“-Gesellschaft bei offenen Handelsgrenzen bestimmen die Investoren über das politisch Denkbare und nicht das Volk als politischer Souverän. Globalisierung kann auch nur in einer stark kontrollierten Form mit den ökologischen Grenzen unseres Planeten und den Bedürfnissen unserer Mitgeschöpfe in Einklang gebracht werden.

Da hier über all dies, nach Verlauf des Plenums zu beurteilen, Einigkeit besteht, schlage ich vor dieses Forum zu nutzen, um über etwas anderes zu sprechen. Etwas, das mir ohnehin drängender und auch erfolgversprechender erscheint als Diskurse zwischen Partnern mit harten Interessensgegensätzen:

Im Kern sind weltweit in der internationalen Zivilgesellschaft eine Reihe von Maßnahmen zur Zivilisierung der Globalisierung Konsens. Ich nenne hier nur eine Reihe von Beispielen:

- unterschiedene Maßnahmen gegen Steueroasen und Offshore-Zentren
- Demokratisierung von IWF und Weltbank
- Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen
- Schaffung eines ökologisch-sozialen Rahmens für den Welthandel vor weiterer Liberalisierungsrunden
- Streichung der Agrarexportsubventionen und besserer Marktzugang für die Textil- und Lebensmittelprodukte des Südens zu den Märkten des Nordens
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer
- Erhöhung der öffentlichen Entwicklungsländer auf die vielfach versprochenen 0,7% des BIP
- Internationale Konzerne müssen überall auf der Welt nachprüfbar und einklagbar ökologisch-soziale Standards einhalten

Diese Forderungen sind nicht neu. Sie sind auch keine Erfindung von Attac. Sie wurden in unzähligen Konferenzen, Seminaren und Gegengipfeln der internationalen Zivilgesellschaft von VertreterInnen der Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, NGOs und sozialen Bewegungen diskutiert und für richtig befunden. Die große Frage ist jedoch weiterhin ungelöst: Wie setzen wir diese Forderungen gegen die ungleich mächtigeren Interessen der transnationalen Konzerne, Banken und Versicherungen und den mit ihnen verbundenen Regierungen der meisten Industrieländer durch. Dabei ist klar, dass diese Interessengruppen genauso wenig wie Regierungen aus reiner Kenntnis des täglichen Unrechts etwas verändern werden. Die Situation kann noch so grausam sein. Ernstlich Handeln werden sie erst unter starkem öffentlichem Druck. Diesen Druck kann jedoch keine gesellschaftliche Gruppe mehr

alleine aufbauen. Was wir brauchen ist ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Gruppen, die soziale, ökologische und demokratische Ziele gegen den globalisierten Ökonomismus verteidigen wollen. Gewerkschaften, Kirchen, NGOs und soziale Bewegungen und vielleicht auch die progressiveren Teile der Wirtschaft müssen zusammenarbeiten, um endlich wieder etwas durchzusetzen. Da die wirklichen politischen Gegnerinnen und Gegner hier ohnehin nicht anwesend sind, sollten wir hier an diesem so dringend notwendigen Bündnis weiterbauen!